

Vergleich Positionen Enquetekommission „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“

28. November 2014

Thema/Ist	Landesregierung	Opposition	MD-Position
Landesebene – Volksinitiativen			
Art.108a, Abs.2 LV regelt, dass eine Volksinitiative von mindestens 30.000 Wahlberechtigten unterschrieben werden muss.	Die LR-Vertreter in der Enquete-kommission geben zu dieser Regelung keine Empfehlung ab.	Die CDU-Vertreter in der Enquete-kommission geben zu dieser Regelung keine Empfehlung ab.	MD ist für eine Absenkung dieser Unterschriftenhürde auf 10.000 Wahlberechtigte, um eine Anpassung an gesenkte Quoren für ein Volksgehren herzustellen.
Landesebene – Volksbegehren			
Art.109, Abs.3, Satz 1 LV regelt, dass ein Volksbegehren von 300.000 Wahlberechtigten unterschrieben werden muss.	Die Zahl der Unterschriften soll auf 3% gesenkt werden, das entspräche einer Anzahl von rund 100.000 Wahlberechtigten.	Die Zahl der Unterschriften soll auf 200.000 Wahlberechtigte abgesenkt werden.	Mit der Realisierung der Empfehlung der Landesregierung würde eine alte Forderung von MD erfüllt werden.
Art.109, Abs.3, Satz 2 LV regelt, dass die Sammlungsfrist für initiiierende Volksbegehren zwei Monate beträgt.	Die Eintragsfrist für Unterschriften wird auf 6 Monate verlängert.	Eine Verlängerung der Eintragsfrist von jetzt zwei Monaten soll geprüft werden.	MD begrüßt sehr die dreifache Verlängerung der Eintragsfrist , weil dies initiiierende Volksbegehren möglich machen wird.
Art.115 LV regelt, dass die Eintragsfrist für Volksbegehren, die sich auf einen Beschluss des Landtages beziehen, einen Monat beträgt.	Die LR-Vertreter in der Enquete-kommission geben zu dieser Regelung keine Empfehlung ab.	Die CDU-Vertreter in der Enquete-kommission geben zu dieser Regelung keine Empfehlung ab.	MD hofft, dass die Eintragsfrist an die Frist eines initiiierenden Volksbegehrens angepasst wird.

Thema/Ist	Landesregierung	Opposition	MD-Position
§67 LWahlG schreibt vor, dass die Unterschriften für ein Volksbegehren ausschließlich auf Ämtern zu erfolgen hat.	Ergänzend zur Amtseintragung soll auch die freie Sammlung von Unterschriften möglich sein. Es soll geprüft werden, ob die Sammlung in digitaler Form realisiert werden kann.	Freie Unterschriftensammlung an den Ständen der VI. Für die digitale Sammlung von Unterschriften	Mit der zusätzlichen freien Sammlung von Unterschriften wäre eine alte MD Forderung erfüllt. MD begrüßt eine Sammlung von Unterschriften für Volksbegehren in digitaler Form .
Art.109, Abs. 3, Satz 3 LV regelt, dass Volksbegehren über Finanzfragen unzulässig sind.	Volksbegehren über Finanzfragen werden grundsätzlich zugelassen, ausgenommen soll der Landeshaushalt bleiben.	Die CDU-Vertreter in der Enquete-kommission geben zu dieser Regelung keine Empfehlung ab.	Mit der Realisierung der Empfehlung der Landesregierung würde eine alte Forderung von MD erfüllt werden.
Art.109, Abs. 4, Satz 4 LV regelt, dass ein Volksentscheid nur dann erfolgreich ist, wenn eine Mehrheit der Ja-Stimmen zustande kommt und diese mindestens 25% (Zustimmungsquorum) der Wahlberechtigten entspricht.	Die Mindestbeteiligung von 25% bei Volksentscheiden, als Voraussetzung für deren Annahme, wird abgeschafft . Geprüft werden soll ein möglichst niedriges Zustimmungsquorum .	Die CDU-Vertreter in der Enquete-kommission geben zu dieser Regelung keine Empfehlung ab.	MD begrüßt die Abschaffung des Zustimmungsquorums von 25% . Darüber hinaus fordert MD die generelle Abschaffung des Zustimmungsquorums, weil sie bei Volksentscheiden dazu führen, dass Gegner einer Initiative ermutigt werden, der Abstimmung fern zu bleiben. Das Abstimmungsergebnis wird somit verzerrt. Wie bei Wahlen, sollen auch bei Abstimmungen diejenigen entscheiden, die daran teilnehmen.
	Das Zustimmungsquorum bei Volksentscheiden zu Verfassungsänderungen wird auf 25% gesenkt. (Art. 129, Abs. 1, Satz 1 LV)	Die CDU-Vertreter in der Enquete-kommission geben zu dieser Regelung keine Empfehlung ab.	

Thema/Ist	Landesregierung	Opposition	MD-Position
Landesebene – Volksentscheid			
Bisher werden mit der Abstimmungsbenachrichtigung keine weiteren Informationen verschickt.	Bei Volksentscheiden soll verpflichtend von der Servicestelle für Bürgerbeteiligung eine Informationsbroschüre als Orientierung für die Abstimmung erstellt werden, die jeweils neutral die Pro- und Contra-Argumente des Abstimmungsgegenstandes auflistet.	Eine „ weisungsfreie Beteiligungsbehörde “ wird abgelehnt . Der Anteil der öffentlichen Hand sollte über eine Abstimmungsbroschüre des Landeswahlleiters hinausgehen.	Mit der Realisierung der Empfehlung der Landesregierung würde eine alte Forderung von MD erfüllt werden.
Das LWahlG ermöglicht nach §76, Abs. 3 eine Wahlkampfkostenerstattung .	Analog zur Wahlkampfkostenerstattung soll ein Teil der entstandenen Kampagnenkosten der Initiatoren von zulässigen Volksbegehren, abhängig von der Zahl der gültigen Unterschriften beziehungsweise Stimmen, erstattet werden.	Die finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand muss kalkulierbar und darstellbar sein. Zu prüfen ist eine Pauschale, vergleichbar der Wahlkampfkostenerstattung .	MD begrüßt die Bekräftigung der Enquetekommission zu den Bestimmungen des §76, Abs.3 des LWahlG zur Kostenerstattung an Volksinitiativen.

Verfasser: Landesvorstand Mehr Demokratie e.V. Rheinland-Pfalz
Gert Winkelmeier, HP: rlp.mehr-demokratie.de